

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 27. Mai 2019

Prot.-Nr. 146

Umsetzung der Motion Doris Känzig (SVP) betr. Sicherheit am Ländiweg/Genehmigung

1. Ausgangslage

Am 05.04.2017 reichten Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss ein:

«Der Stadtrat wird gebeten, dem Parlament einen Massnahmenkatalog zu unterbreiten, welcher die Sicherheit im Gebiet des Ländiwegs baldmöglichst gewährleistet.»

Mit Beschluss vom 25.01.2018 wurde die Motion erheblich erklärt. Innerhalb von zwei Jahren, d.h. bis spätestens Januar 2020, ist somit dem Parlament eine Vorlage zur Beschlussfassung vorzulegen.

2. Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum

Der Stadtrat von Olten beschloss an seiner Sitzung vom 06.03.2017, eine Arbeitsgruppe zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum einzusetzen. Mit der Leitung beauftragte der Stadtrat die Verwaltungsleitung der Sozialdirektion.

Die Arbeitsgruppe wurde wie folgt zusammengestellt:

- Franco Giori, Direktion öffentliche Sicherheit, Leiter Abteilung Ordnung und Sicherheit
- Hans Peter Müller, Direktion Soziales, Verwaltungsleiter
- Marc Bumann, KAPO
- Natalie Spalding, Direktion Soziales, Leiterin Sozialamt
- Patrizia Twellmann, Suchthilfe Ost GmbH, Abteilungsleiterin Stadtküche und «Kontakt und Anlaufstelle»
- Urs Kissling, Direktion Bau, Leiter Tiefbau

Die Arbeitsgruppe erstattete dem Stadtrat zu folgenden Themen Bericht:

Kontakt- und Anlaufstelle (Suchthilfe Ost GmbH):

Das mittlerweile neu realisierte Angebot bietet Suchtklienten alternative Aufenthalts- und Konsummöglichkeiten (harte Drogen).

Videoüberwachung:

Videoüberwachung am Ländiweg wäre aus polizeilicher Sicht erwünscht und würde bei der Ermittlung von Straftätern und des Tatherganges helfen. Videoüberwachung könnte unter Umständen eine präventive Wirkung haben.

Stadtküche, Kontakt- und Anlaufstelle (Suchthilfe Ost GmbH):

Das Angebot steht Personen mit Wohnsitz in der Region zur Verfügung. Das Angebot wird grundsätzlich als sinnvoll erachtet. Die Erweiterung der Öffnungszeiten auf Feiertage und Wochenenden wäre wünschenswert.

Aufsuchende Sozialarbeit (SIP: Sicherheit, Intervention, Prävention):

Mit aufsuchender Sozialarbeit könnten Personen an verschiedenen Orten erreicht werden. Es gäbe weniger Nischen und unkontrollierte Räume. Das Aufsuchen Betroffener, das Gespräch mit diesen, Hinweise auf Ordnung und Sauberkeit und notfalls der Beizug der Polizei wirken sicherheitsfördernd.

Bauliche Massnahmen:

Bauliche Massnahmen wie beispielsweise die Verbreiterung des Weges, Treppen zum Hang, Sitzplätze, Abfallbehälter, u.a. würden die Situation am Ländiweg entschärfen. Solche Massnahmen sollten aber nicht Fremdkörper und Flickwerke sein, welche die gesamtstädtische Planung stören.

Raum und Angebote für Jugendliche:

Alternative Freizeit- und Aufenthaltsangebote für Jugendliche würden die Situation am Ländiweg entschärfen.

Platzordnung mit Alkoholverbot (Zuständigkeit Arbeitsgruppe):

Platzordnung grundsätzlich möglich. Allerdings müssten darin enthaltene Bestimmungen auch durchgesetzt werden. Für die Kantonspolizei entsteht dadurch Mehraufwand. Es stellt sich somit die Frage nach einem Ordnungsdienst, welcher die Kantonspolizei entlastet. Art. 7 Abs. 2 des Reglements über die gemeindepolizeilichen Aufgaben der Stadt Olten (SRO 212) wäre dazu eine rechtliche Grundlage.

3. Sozioanalyse

Der Stadtrat erteilte an seiner Sitzung vom 01.05.2017 der Direktion Soziales den Auftrag, Möglichkeiten einer aufsuchenden Sozialarbeit zu prüfen. Der Stadtrat stützte sich dabei u.a. auf einen Bericht der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum. Am 19.02.2018 bewilligte der Stadtrat einen Kredit für die Durchführung einer Sozioanalyse vor Ort durch die SIP-Langenthal (www.sip-langenthal.ch), welche dem Trägerverein offene Kinder- und Jugendarbeit Oberaargau ToKJO (www.tokjo.ch) angegliedert ist. Thomas Bertschinger, Stellenleitung ToKJO, erarbeitete im Laufe des Jahres 2018 einen entsprechenden Bericht dazu gehörten u.a. folgende Arbeiten:

- Begehungen von stark frequentierten Plätzen, Problemzonen und Treffpunkten zu verschiedensten Tageszeiten
- Recherchen in Bezug auf Angebote, Treffpunkte, Institutionen, Statistik, Gesetzesverstösse u.a.
- Quantitative Befragungen von Betroffenen, Gewerbetreibenden, Anwohnern und Passanten
- Qualitative Interviews, Befragung von Schlüsselpersonen zu den Themen Sicherheit, Soziales, Bildung, Politik, Bau, u.a.

Das Ergebnis seiner Analyse legte Thomas Bertschinger Ende Januar 2019 in Form eines Berichtes vor. Der Bericht wurde am 13.02.2019 in der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum besprochen. Der Bericht (Sozioanalyse) beinhaltet ein als Empfehlung zu verstehendes Modell für die Stadt Olten. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 11.03.2019 bereits Vorentscheide zu den einzelnen empfohlenen Punkten getroffen.

Die wesentlichen Bausteine lassen sich wie folgt darstellen:

Was	Empfehlung Bericht	Würdigung in der Arbeitsgruppe	Vorentscheide SR vom 11.03.2019
<i>Videoüberwachung Ländiweg</i>	Keine Empfehlung.	Würde aus Sicht der KAPO als abschreckende Massnahme und zur Ermittlung von Straftätern nützlich sein.	Auf Videoüberwachung am Ländiweg wird bis auf Weiteres verzichtet.
<i>Konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe</i>	Empfehlung, eine konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe einzusetzen.	Eine direktions- und organisationsübergreifende Steuerungs- und Koordinationsgruppe wird als wichtig und geeignet erachtet.	Die konstante Arbeits- und Steuerungsgruppe wird weitergeführt. Pflichtenheft und Lead erarbeitet die Gruppe selber und legt diese dem Stadtrat zum Entscheid vor.
<i>Sicherheitskonzept</i>	Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes mit bestehenden und neuen Massnahmen als Planungsinstrument wird empfohlen.	Ein auf Olten zugeschnittenes Sicherheitskonzept wird als wichtig erachtet.	Auf die Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzeptes wird derzeit verzichtet; das weitere Vorgehen wird an die Arbeitsgruppe delegiert.
<i>Erhöhung der sozialen Kontrolle durch Aufbau eines Projektes SIP</i>	Ausdrücklich empfohlen	Ausdrücklich empfohlen	Betreffend Projekt SIP wird ein Bericht und Antrag ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.
<i>Beleuchtungskonzept für den öffentlichen Raum</i>	Empfohlen	Wäre grundsätzlich zu begrüssen	Auf die Erarbeitung eines neuen Beleuchtungskonzeptes wird derzeit verzichtet.
<i>Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe</i>	Empfehlung der Prüfung im Rahmen eines neuen Sicherheitskonzeptes	Wäre grundsätzlich zu begrüssen	Auf die Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Suchthilfe Ost GmbH betr. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe wird verzichtet.
<i>Berichterstattung an Gemeindeparlament bis spätestens 24.01.2020</i>	---	---	Der Auftrag zur Schlussberichterstattung an das Gemeindeparlament im Zusammenhang mit der Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Sicherheit am Ländiweg“ vom 05.04.2017 wird erteilt.

4. Vorentscheide Stadtrat vom 11.03.2019

1. Videoüberwachung

➔ Auf Videoüberwachung am Ländiweg wird bis auf Weiteres verzichtet.

Der Stadtrat genehmigte am 13.08.2018 generelle Richtlinien zur Installation von Videoüberwachung im öffentlichen und öffentlich zugänglichen Raum. Die Direktion Bau liess Offerten für die Kosten der Einrichtung einer Videoüberwachung im Bereich Ländiweg und alte Brücke erstellen. Je nach Ausführung würden Kosten von CHF 50'000 bis 150'000 (Installation ohne Betrieb) anfallen. Die Kosten liegen in der Beschlusskompetenz des Stadtrates. Der Stadtrat nahm eine Kosten- und Nutzenabwägung vor und entschied sich gegen die Installation einer solchen Einrichtung, da eine objektivierbare und sicherheitsfördernde Wirkung mit einer Videoüberwachung nicht erwiesen ist.

2. Konstante Arbeits- und Steuergruppe

- ➔ Die konstante Arbeits- und Steuergruppe wird weitergeführt. Pflichtenheft und Lead erarbeitet die Gruppe selber und legt diese dem Stadtrat zum Entscheid vor.

Eine ressortübergreifende Arbeits- und Steuergruppe wird sowohl im Bericht als auch von der Arbeitsgruppe Sicherheit im öffentlichen Raum ausdrücklich empfohlen. Die Mitglieder der bestehenden, vom Stadtrat bereits eingesetzten Arbeitsgruppe schätzen den Austausch über die Grenzen des eigenen Aufgabengebietes hinweg. Wichtig ist aus Sicht aller Beteiligten, bei künftigen Projekten der Stadtentwicklung Sichtweisen und Hinweise aller Betroffenen einfließen zu lassen. Die Arbeitsgruppe kann ohne wesentliche Zusatzkosten (Zeit und Spesen) weitergeführt werden. Die Zusammensetzung kann und soll periodisch geprüft werden. Mit der Leitung der Arbeitsgruppe kann die Direktion Präsidium (Abteilungsleitung Ordnung und Sicherheit oder Abteilung Stadtentwicklung), die Direktion Bau (Abteilung Stadtplanung) oder auch die Sozialdirektion (Verwaltungsleitung) beauftragt werden. Als zugeordnetes Mitglied des Stadtrates könnte das Stadtpräsidium oder das für die Sozialdirektion verantwortliche Stadtratsmitglied bestimmt werden.

3. Sicherheitskonzept

- ➔ Auf die Erarbeitung eines neuen Sicherheitskonzepts wird derzeit verzichtet; das weitere Vorgehen wird an die Arbeitsgruppe delegiert.

Im Zusammenhang mit dem Thema Sicherheit gibt es bereits bestehende Unterlagen und frühere Studien. Zu entscheiden wäre, ob ein neues Sicherheitskonzept zu erarbeiten sei oder ob eine Aktualisierung bestehender Unterlagen genügen würde.

4. Projekt SIP

- ➔ Betreffend Projekt SIP wird eine Vorlage ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.

Ein Projekt SIP könnte zusammen mit einem externen Leistungserbringer aufgebaut und durchgeführt werden. Möglich wäre auch der interne Aufbau eines solchen Projektes, sei es bei der Abteilung Sicherheit im Präsidium, angelehnt an die Schulsozialarbeit bei der Direktion Bildung und Sport oder als neuer Baustein bei der Direktion Soziales. Der Verfasser der Sozialanalyse geht in seiner Empfehlung von Kosten im Rahmen von ca. CHF 150'000 bis CHF 200'000 pro Jahr aus. Das Projekt wäre öffentlich auszuschreiben, sofern eine externe Vergabe erfolgen soll.

5. Beleuchtungskonzept

- ➔ Auf die Erarbeitung eines neuen Beleuchtungskonzepts wird derzeit verzichtet.

Ein solches Beleuchtungskonzept, soweit es über bestehende Grundlagen hinausginge, würde sinnvollerweise im Zusammenhang mit einem Sicherheitskonzept aufgebaut, sofern ein solches neu zu erarbeiten wäre.

6. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe

- ➔ Auf die Erarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung mit der Suchthilfe Ost GmbH betr. Ausbau der Öffnungszeiten der Stadtküche und ein Aufbau der sozialräumlichen Arbeit für die Zielgruppe wird verzichtet, da diese Massnahmen keinen Einfluss auf die Hotspots haben dürften.

Zusätzlich zum Standardangebot der Suchthilfe Ost GmbH wurden die Öffnungszeiten im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Olten auf die Wochenenden erweitert. Die entsprechenden jährlichen Zusatzkosten für die Stadt Olten betragen CHF 100'000. Die entsprechende Leistungsvereinbarung wurde im Rahmen der Sparbemühungen gekündigt.

7. Berichterstattung an Gemeindeparlament bis spätestens 24.01.2020

- ➔ Der Auftrag zur Schlussberichterstattung an das Gemeindeparlament im Zusammenhang mit der Motion Doris Känzig (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Sicherheit am Ländiweg“ vom 05.04.2017 wird erteilt.

4. Auftrag SIP

Der Stadtrat entschied an seiner Sitzung vom 11.03.2019 Folgendes:

- ➔ Betreffend Projekt SIP wird eine Vorlage ans Gemeindeparlament für eine Pilotphase von 3 Jahren ausgearbeitet.

Der Bericht „Situationsanalyse öffentlicher Raum Olten“ vom Februar 2019 enthält die Beschreibung eines Modells für Olten (Ziff. 20.2 Modell für Olten). Darin ist die Ausgestaltung eines sozialräumlichen Projekts SIP wie folgt beschrieben:

Umgehende Erhöhung der Sozialen Kontrolle im öffentlichen Raum durch den Einsatz eines geeigneten Gefässes. Der Einsatz des Projekts SIP ist für die Stadt Olten prüfenswert und kann als Bindeglied zwischen repressiven und präventiven Massnahmen dienen. Die unterschiedlichen Anspruchsgruppen erhalten im öffentlichen Raum Ansprechpersonen und die Anonymität wird reduziert. Alternativ können Leistungen der offenen Jugendarbeit oder der Suchthilfe Ost für die Präsenz im öffentlichen Raum ausgebaut und installiert werden.

Um ein erfolgreiches, sozialräumliches Projekt «SIP» in der Stadt Olten nachhaltig installieren zu können bedarf es einer Trägerschaft. Diese kann, neu aufgebaut, bei der städtischen Abteilung «Sicherheit» angegliedert werden oder aber über Leistungsvereinbarungen bei einem Anbieter eingekauft werden. Hierzu kann geprüft werden, welche städtischen Akteure sich für den Aufbau eignen oder aber, ein externer Partner angefragt werden. Für die Stadt Olten wäre eine saisonale Ausrichtung des Projekts empfehlenswert mit (mehr oder weniger) täglichen «Patrouillen» in den erkannten, innerstädtischen Fokusgebieten tagsüber und einem Besuch der definierten Hotspots nachts bzw. frühmorgens, während der Sommermonate. Im Herbst/Winterquartal könnte die Intensität etwas reduziert erfolgen, die nächtlichen Patrouillen sind beizubehalten, um die Soziale Kontrolle zu gewährleisten.

Aufgrund der heutigen Situation sollte das Personal interkulturell zusammengesetzt werden um die Akzeptanz im öffentlichen Raum zu erhöhen.

Thematisch sollte mit dem Projekt die Anonymität im öffentlichen Raum aufgehoben und eine Kommunikation eingerichtet werden. Daneben sind ordnungsdienstliche und sozialpolitische Aufträge zu definieren. Insbesondere bei auftretenden Störungen im öffentlichen Raum wie Ruhestörung, Littering, unangebrachtem Verhalten, öffentlichem Urinieren oder einfachen Verstössen gegen das Reglement über die gemeindepolizeilichen Aufgaben können die Mitarbeitenden des Projekts vermittelnd einschreiten und sofern sie nicht selber weiterkommen, die KAPO beziehen.

Für AnwohnerInnen von stark frequentierten Plätzen und definierten Fokusräumen dienen die Mitarbeitenden als Ansprechpersonen. Anliegen werden entgegengenommen und bei Bedarf gemeinsam mit der zuständigen Person «Sicherheit» priorisiert.

Für die städtischen und kantonalen Organe wie Werkhof, Sozialdienste und KAPO dient das Projekt als Bindeglied zum öffentlichen Raum. Beschädigungen an öffentlichen Bauten, übermässiges Littering oder sicherheitsrelevante Beobachtungen werden zeitnah den zuständigen Stellen gemeldet. Eine aktive Zusammenarbeit mit der KAPO sorgt für einen sicherheitsrelevanten Nutzen der präventiven Präsenz. Strafrechtlich relevantes Verhalten, unbekannte Personen oder beobachtete Vorkommnisse werden direkt gemeldet.

Im Projekt sind jeweils zwei ausgebildete und speziell für die Anforderungen des Projekts geschulte Personen gemeinsam unterwegs. Es sollten für die Stadt Olten jeweils Schichten zu vier Stunden eingeplant werden um die verschiedenen Fokusräume bedienen zu können und mit den Nutzern und Nutzerinnen ins Gespräch zu kommen. Die Nachtschichten sind, insbesondere im Sommer länger zu planen. Für das Projekt wird eine Pilotphase von drei Jahren empfohlen um die Ergebnisse auf ihren Nutzen hin überprüfen zu können. Es ist von jährlichen Kosten von rund CHF 150'000 bis CHF 200'000 (je nach Patrouillenintensität und Anzahl definierter Fokusräume) auszugehen.

Die Umsetzung ist wie folgt geplant:

- Antrag auf Bewilligung eines Kredits von vorerst CHF 450'000 (Kostendach) für eine dreijährige Pilotphase (3 Jahre à CHF 150'000)

Sofern der Kredit vom GP im Rahmen des Budgets bewilligt wird:

- Erarbeiten Pflichtenheft (Skizze als Beilage)
- Öffentliche Ausschreibung des Projektes (Pilotphase von 3 Jahren) mit Kostendach von CHF 150'000
- Zuschlagskriterien wären Kosten, saisonale Ausrichtung, Wochenplanung, Tageszeiten, nächtliche Präsenz, Anzahl Patrouillen, Kompetenzen, interkulturelle Zusammensetzung und Erfahrung der Mitarbeitenden, Fokusgebiete, u.a.
- Die Auswahl des Anbieters würde durch eine Jury erfolgen. Gewählt würde der Anbieter, welcher innerhalb des vorgegebenen Kostendachs die Zuschlagskriterien am besten erfüllt. Mit dem Anbieter wäre eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

5. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

Die Projektkosten für eine dreijährige Pilotphase betragen CHF 450'000 (3 Jahre à CHF 150'000). Bei einer Weiterführung des Projektes im Rahmen eines definitiven Betriebes würden jährlich ca. CHF 150'000 anfallen.

Beschluss:

1. Zur Realisierung des Pilotprojektes SIP wird dem Gemeindeparlament im Rahmen des Budgets für die Jahre 2020, 2021 und 2022 ein jährlicher Kredit von CHF 150'000 zu Gunsten von Konto 5790.3634.00 beantragt.
2. Der Bedarf nach Weiterführung der bestehenden Sicherheitspatrouillen wird überprüft.
3. Dieser Beschluss wird dem Gemeindeparlament zur Kenntnis gebracht.
4. Die Direktion Soziales wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktion Soziales
Direktion Finanzen und Dienste
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:

